

HEUTE

Wolfgang Joop in Passau

Der Modeschöpfer und Künstler Wolfgang Joop eröffnet heute im Passauer Medienzentrum seine erste Retrospektive. Im PNP-Interview spricht er über seine Rückkehr zur Malerei. **Feuilleton**

Kantersieg für den FC Schalke

Der FC Schalke hat in der Europa League einen großen Schritt Richtung Zwischenrunde gemacht. Der Fußball-Bundesligist gewann in Nikosia gegen Zyperns Cup-Sieger AEK Larnaca mit 5:0. **Sport**

Sarkozy: Glücklich über Giulia

Die Tochter von Carla und Nicolas Sarkozy trägt den Namen Giulia. Der Präsident zeigte sich gestern als stolzer Vater: „Alle Eltern können dieses tief empfundene Glück verstehen, das ich und Carla empfinden.“ **Journal**

Burn-out-Beauftragter für Bayern

Der Freistaat soll einen Psychiatrie- und Burn-out-Beauftragten bekommen. Das kündigte Gesundheitsminister Markus Söder an. Hintergrund sei die Zunahme von psychischen Erkrankungen und Erschöpfung. **Bayern**

Börse: DAX klar im Minus

DAX: 5766 Punkte (-2,5 %).
Top: Metro 32,40 Euro (+1,0 %).
Flo: E.ON 16,40 Euro (-5,8 %). **Wirtschaft**

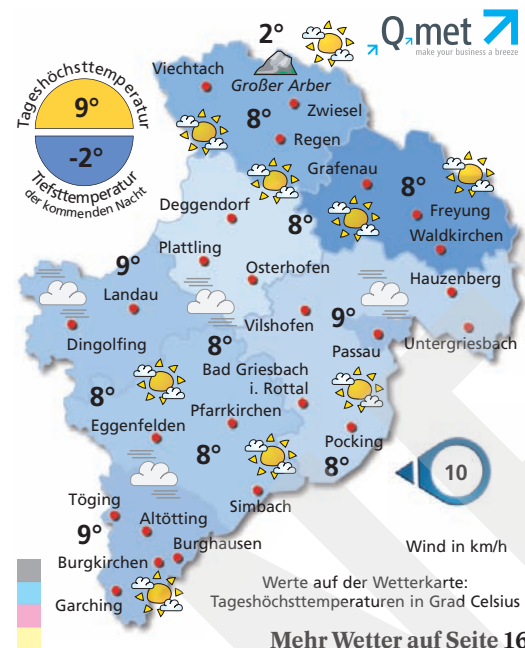
Senioren sind sauer wegen Bussen

Zu eng, zu laut, zu viele Sitze auf Podesten: Passauer Seniorenbeirat hat sich bei den Stadtwerken wegen der neuen Busse massiv beschwert. **Seite 19**

Heimatsport Familienanzeigen Kino **Seiten 33, 34, 35, 36 Seite 37 Seite 23**

Schnell, kompetent, heimatnah

pnp.de heimatsport.de



Libyen feiert Gaddafis Ende

Übergangsregime bestätigt Tod des Ex-Diktators in seiner Heimatstadt Sirte – Schussverletzungen an Kopf und Bauch

Tripolis. Zeitenwende in Libyen: Ex-Machthaber Muammar al-Gaddafi ist tot. In ganz Libyen feierten Menschen das Ende der knapp 42 Jahre langen Herrschaft. Zwei Monate nach seinem Sturz wurde der 69-Jährige in seiner Heimatstadt Sirte von Milizionären getötet, wie Verteidigungsminister Dschalal al-Digheili und der Vize-Vorsitzende des Nationalrates, Abdulhafis Ghoga, in Bengasi sagten.

Gaddafi kam durch Schussverletzungen ums Leben. Das bestätigte ein Arzt im Krankenhaus von Misrata, in das der Leichnam von Sirte aus gebracht worden war. Gaddafi sei am Kopf und am Bauch von Schüssen getroffen worden, sagte der Arzt dem Sender Al-Dschasira. Über die genauen Todesumstände hatte es gestern lange Zeit Spekulationen gegeben. Al-Arabija strahlte ein verwackeltes Video aus, auf dem angeblich der verwundete Gaddafi zu sehen ist. Er wird von der Kühlerhaube eines Fahrzeugs gezogen und von Milizionären umringt, die ihn wegzerren. Gaddafi scheint dabei noch wankend auf eigenen Beinen zu stehen. – dpa/Kommentar S. 2



Knapp 42 Jahre lang hatte Oberst Muammar al-Gaddafi Libyen mit harter Hand regiert. Zwei Monate nach seinem Sturz wurde er jetzt erschossen. Danach kam es auf den Straßen der libyschen Hauptstadt Tripolis zu Freudentauschen (kleines Bild). – Fotos: dpa

► Das blutige Ende des Tyrannen
► Weltweite Reaktionen
► Auftrag erledigt – nun kann die NATO abziehen **Seite 3**

Euro-Beschlüsse fallen erst kommende Woche

Merkel und Sarkozy vereinbaren Folge-Treffen nach dem EU-Gipfel am Wochenende

Berlin/Athen/Brüssel. Zur Eindämmung der Eurokrise wollen die europäischen Staats- und Regierungschefs spätestens am kommenden Mittwoch auf einem weiteren EU-Gipfel Beschlüsse fassen. „Frankreich und Deutschland haben sich darauf verständigt, dass das gesamte umfassende und ehrgeizige

Maßnahmenpaket auf dem Gipfel am Sonntag im Einzelnen geprüft wird, damit die Staats- und Regierungschefs es bei einem zweiten Treffen spätestens am kommenden Mittwoch beschließen können“, teilte Regierungssprecher Steffen Seibert gestern in Berlin mit. Dieses Vorgehen hätten Bundeskanzlerin Angela Merkel

(CDU) und der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy in einem Telefonat vereinbart. Beide Seiten hatten sich zuvor nicht auf die Einzelheiten eines erweiterten Euro-Rettungsschirms einigen können. Griechenland hofft indes auf die nächste Hilfszahlung von acht Milliarden Euro. In Athen schlu-

gen erneut friedliche Proteste in Gewalt um. Bei Krawallen kam ein Demonstrant ums Leben. – dapd/dpa/Standpunkt

► Nervenkrieg um den Euro-Rettungsschirm
► Schuldenkrise schürt Furcht vor Altersarmut
► Proteste fordern ersten Toten in Athen **Seite 4**

Schwarzbuch: Staat verschwendet Milliarden

Berlin. Deutschland hat über zwei Billionen Euro an Staatschulden und verschwendet laut Steuerzahlerbund trotzdem Milliarden. „Egal, ob beim Bund, den Ländern, Kommunen oder der EU – es werden Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen“, kritisierte der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl

Heinz Däke. Er stellte das Schwarzbuch „Die öffentliche Verschwendung 2011“ vor, das anhand zahlreicher Beispiele zeigt, wie die öffentliche Hand mit Steuergeld umgeht. Däke sagte, das Schwarzbuch schreke ab und führe zu einer Schärfung des Bewusstseins. – dapd/Bayern

Bundestag beschließt Familienpflegezeit

Berlin. Berufstätige können nahe Angehörige künftig leichter zu Hause pflegen. Der Bundestag stimmte gestern dem Gesetz zur Familienpflegezeit zu. Vom 1. Januar 2012 an haben Beschäftigte so die Möglichkeit, ohne allzu hohe Gehaltsseinbußen für zwei Jahre ihre Arbeitszeit zu verringern. Familienmi-

nisterin Kristina Schröder (CDU) rechnet mit einem großen Erfolg der Regelung. Viele Unternehmen hätten bereits angekündigt, dabei mitzumachen. Die Opposition kritisierte den fehlenden Rechtsanspruch. Es bleibe im Ermessen des Arbeitgebers, ob dieser den Antrag genehmige. – dpa/Seite 2

STANDPUNKT

Stunde der Wahrheit

Von Ernst Fuchs

Im Schulden-Fiasko naht für Europa die Stunde der Wahrheit. Nicht am Sonntag, wie geplant, sondern nun erst am Mittwoch. Gut, auf die paar Tage kommt es jetzt auch nicht mehr an – aber dann müssen Ergebnisse her, muss endgültig Schluss sein mit der desaströsen Verunsicherung, der Gefahr, zumindest bei den Deutschen selbst den Rest ihres Vertrauens in Transparenz, Kompetenz und Handlungsfähigkeit der Politik auszuhebeln, der bislang noch existieren mag. Zualererst kommt es auf Deutschland und Frankreich an – sonst geht in einem ohnehin höchst komplizierten, weithin vergifteten Umfeld erst recht gar nichts mehr.

Rien ne va plus? Hoffentlich nicht. Aber das einzige, durch was die Krisenmanager bisher wirklich beeindruckt, ist die Akrobatik, mit der sie mit irgendwelchen Finanz-Hebeln und den astronomischen Summen umgehen. Weder Bürger noch die allermeisten Politiker und Experten überschauen wundersame Geld-Vermehrungen, die aus 440 Milliarden Euro plötzlich eine oder zwei Billionen machen, und vor allem nicht die möglichen unkontrollierbaren Folgen erhöhter Ausfallrisiken. Derlei Hebelgesetze sind womöglich verführerisch, aber auch gefährlich, sowohl wirtschaftlich als politisch, hauptsächlich für Hauptfinanzier Deutschland.

Die Politik sollte sich bei der Lösung der Schuldenkrise auch nicht auf ähnliche Tricks einlassen, bei denen Banken und Finanzmärkte schon viel Lehrgeld zahlten, bzw. oft die Steuerzahler gerade stehen mussten. Nein danke. Der Bundestag kann Hebelwirkungen allenfalls zustimmen, wenn er Wirkung und Risiko überblickt. Alles andere ist nicht verantwortungsbewusst. Ähnliches gilt für Sarkozys hartnäckigen Wunsch, die Notenbank noch stärker zur Rettung privater Gläubiger und (vor allem französischer) Banken zu verdonnern. Auch dem kann Merkel guten Gewissens eigentlich nicht zustimmen.

Steuersenkungspläne: CSU fühlt sich überrumpelt

Berlin/München. Die Bundesregierung will Anfang 2013 die Steuern senken. Das verkündeten Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gestern in Berlin. Umgehend kam Widerspruch nicht nur von der Opposition, sondern auch vom CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer. Es sei noch gar nichts entschieden, sagte er in München, und griff die Minister an: „So geht es nicht, dass man Fakten in der Öffentlichkeit schafft, die wir dann abnicken sollen.“

Schäuble erklärte, bei der Einkommensteuer solle es ab Januar 2013 Ermäßigungen von sechs bis sieben Milliarden Euro geben. Um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, sollen der Grundfreibetrag angehoben und der Tarifver-

lauf geändert werden. Damit werde die sogenannte kalte Progression bekämpft, also der Effekt, dass kleine Lohnsteigerungen von höheren Steuertarifen aufgefressen werden. Alle zwei Jahre soll entschieden werden, ob der Steuertarif erneut angepasst werden muss.

SPD-Fraktionschef Frank Walter Steinmeier erklärte, wer die Turbulenzen in Europa nutze, um „mal so eben nebenbei“ sieben Milliarden Euro an Steuersenkungen zu verkünden, handle unverantwortlich. Es sei „mit Händen zu greifen“, dass dies ein Geschenk für die siechende FDP und ihre Klientel ist, um sie von weiteren Irrwegen in der Europapolitik abzuhalten.“

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt sagte, mit der Frage der Steuersenkungen werde sich erst die heutige Spitzenrunde der Koali-



Verschupft reagierte CSU-Chef Horst Seehofer gestern auf die Steuerankündigung von CDU und FDP: „So geht es nicht, dass man Fakten in der Öffentlichkeit schafft, die wir dann abnicken sollen.“ – Foto: dpa

tiensvertreter befassen. Die CSU lege Wert darauf, dass alle finanzwirksamen Entscheidungen gemeinsam und nicht isoliert behandelt würden. Auch die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) zeigte sich skeptisch. Alles, was die Einnahmesituation des Landes verschlechtere, sei für die Landesregierung „nicht akzeptabel“.

Martin Wansleben, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, begrüßte Schäubles und Röslers Ankündigung dagegen. Im PNP-Interview betonte er, es sei richtig, „das Steuersystem in regelmäßigen Abständen anzupassen, damit die Unternehmen und Bürger in Zukunft nicht allein wegen der Inflation höhere Steuern zahlen müssen“. – dapd/pnp/Kommentar, Bericht und Wansleben-Interview Seite 2